

## Niederschrift

über die in der 48. Sitzung des Kreisausschusses  
am 24.06.2020 im Pädagogisches Zentrum des Berufskollegs Kleve des Kreises Kleve ge-  
fassten Beschlüsse  
- öffentliche Sitzung -

Beginn der öffentlichen Sitzung	: 15:00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung	: 15:09 Uhr
Beginn der nichtöffentlichen Sitzung	: 15:09 Uhr
Ende der nichtöffentlichen Sitzung	: 15:19 Uhr

### anwesend sind

Croonenbroek, Hubertina	Kerken
Elverfeldt, von, Max	Weeze
Mulder, Andy	Kleve
Mailänder, Josef	Straelen
Schmidt, Gabriele	Kleve
Selders, Hannes	Kevelaer
Ulrich, Ulrike	Emmerich am Rhein
Eicker, Sigrid	Geldern
Engler, Gerd	Goch
Franken, Jürgen	Kranenburg
Rupp, Thorsten	Emmerich am Rhein
Dr. Prior, Helmut	Kleve
Terkatz, Hans-Hermann	Straelen
Prof. Dr. Klapdor, Ralf	Uedem
Heinricks, Michael	Kerken

### beratendes Mitglied

Reuter, Tim	Geldern
-------------	---------

### entschuldigt sind

Düllings, Paul	Issum
Höhn, Birgitt	Kevelaer
Wucherpfennig, Brigitte	Kleve

### anwesend sind von der Verwaltung

Spreen, Wolfgang  
Boxnick, Zandra  
Suerick, Wilfried  
Hebben, Wolfgang  
Poschlod-Grause, Sandra  
Schultze-van Acken, Susanne  
Jansen, Christoph  
Keuken, Ruth  
Lamers, Monika

### als Schriftführerin

Bormann, Denise

-----

Landrat stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt ist.

Über Ort, Zeitpunkt und Tagesordnung der Sitzung hat der Landrat die Zeitungs-, Hörfunk- und Fernsehredaktionen im Kreis Kleve zur Unterrichtung der Öffentlichkeit hingewiesen. Die Tagesordnung hing in den Dienstgebäuden in Kleve und Geldern aus.

Landrat stellt weiter fest, dass der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Hinweis auf nachgereichte Unterlagen:

- Wahlvorschläge der SPD-Kreistagsfraktion, der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der CDU-Kreistagsfraktion zu TOP 1: Vorschläge zur Berufung von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern beim Sozialgericht Duisburg für die Amtszeit vom 01.01.2021 bis 31.12.2025

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Auf die Frage des Landrates an die Kreisausschussmitglieder, ob sich jemand im Sinne der gesetzlichen Ausschlussgründe zu einem Tagesordnungspunkt oder Beratungsgegenstand für befangen hält, ergeht keine Erklärung.

-----

### **Öffentliche Sitzung**

- |    |   |           |
|----|---|-----------|
| 1. | Vorschläge zur Berufung von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern beim Sozialgericht Duisburg für die Amtszeit vom 01.01.2021 bis 31.12.2025 | 1303/WP14 |
| 2. | Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Kreis Kleve<br>Auswirkungen der SARS-CoV-2 Pandemie auf den ÖPNV im Kreis Kleve                       | 1305/WP14 |
| 3. | Mitteilungen  | 1306/WP14 |
| 4. | Anfragen  |           |

### **Nichtöffentliche Sitzung**

- |    |  |           |
|----|--|-----------|
| 5. | Grundstücksangelegenheiten<br>Veräußerung einer Fläche in der Gemeinde Rheurdt - Gemarkung Schaephuysen  | 1301/WP14 |
| 6. | Beteiligungsverwaltung<br>hier: Betrauung der Kreis Kleve Bauverwaltungs-GmbH mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen des sozialen Wohnungsbaus | 1302/WP14 |

im Gebiet des Kreises Kleve

7. Mitteilungen
8. Anfragen

-----

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1303 /WP14

Vorschläge zur Berufung von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern beim Sozialgericht  
Duisburg für die Amtszeit vom 01.01.2021 bis 31.12.2025

---

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Für die Aufstellung der Vorschlagslisten zur Berufung von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern beim Sozialgericht Duisburg werden folgende Personen benannt:

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Name/Vorname</b>	<b>Wohnort</b>
1	Vonscheidt, Irene	47623 Kevelaer
2	Friedmann, Peter	46459 Rees
3	Siebert, Susanne	47533 Kleve
4	Giesen, Heinz	47608 Geldern
5	Kersten, Gertrud	47559 Kranenburg
6	Angenendt, Brigitte	47533 Kleve

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1305 /WP14

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Kreis Kleve  
Auswirkungen der SARS-CoV-2 Pandemie auf den ÖPNV im Kreis Kleve

---

Herr Prof. Dr. Klapdor erbittet eine rechtliche Beurteilung der Situation.

Herr Franken verweist auf die im Rahmen des Haushaltes 2020 bereitgestellten Mittel zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs im Kreis Kleve. Er bittet um einen Sachstandsbericht.

Landrat führt aus, dass die kreisangehörigen Kommunen unverzüglich angeschrieben und um entsprechende Vorschläge gebeten wurden. Es liegen bereits einige Rückmeldungen vor, andere

stehen noch aus. Es handelt sich also um ein laufendes Verfahren auf kommunaler Ebene. Zu der Anfrage von Herrn Prof. Dr. Klapdor verweist der Landrat auf die Vielfältigkeit der Rechtslage und darauf, dass die Möglichkeit, Informationen zu geben, durch die Öffentlichkeit der Sitzung eingeschränkt ist. Soweit es um die Frage geht, ob eine Verpflichtung des Kreises Kleve besteht, Zahlungen zu leisten, führt er aus, dass das Verkehrsunternehmen, wie auch andere Vertragspartner, bei Wegfall der Geschäftsgrundlage möglicherweise ein außerordentliches Kündigungsrecht hat. Dieses wahrzunehmen würde bedeuten, dass die NIAG zu einem bestimmten Zeitpunkt fiktiv sagen würde, dass die Basisannahmen durch die Corona-Pandemie soweit überholt sind, dass ein Festhalten an dem Vertrag nicht mehr zumutbar ist. Die BVR Busverkehr Rheinland GmbH erbringt die Verkehre eigenwirtschaftlich. Sie hat eine Genehmigung der Bezirksregierung bekommen. Auch die BVR Busverkehr Rheinland GmbH könnte ausführen, dass die Änderungen durch die Corona-Pandemie dazu führen, dass es nicht möglich ist, ohne Kompensationen weiterzumachen.

Frau Eicker verweist auf den Rettungsschirm des Bundes und des Landes. Die Mittel werden zu einem noch nicht bekannten Zeitpunkt an die Aufgabenträger verteilt werden.

Landrat erklärt, dass seitens der Verwaltung erhebliche Zweifel bestehen, dass die bereitgestellten Mittel ausreichen werden, um eine hinreichende Kompensation zu erreichen. Es würde begrüßt, wenn Zahlungen von Bund und Land zeitnah an die Verkehrsunternehmen fließen würden. Landrat verweist zudem auf die zeitlichen Abläufe, bis feststeht, wer von den bereitgestellten Mitteln in welcher Höhe profitieren wird.

Frau Eicker betont, dass sie eine mögliche Refinanzierung und nicht ein Abwarten ansprechen wollte.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Kreis Kleve ist grundsätzlich bereit, über nachgewiesene pandemiebedingte Verluste der Verkehrsunternehmen zu verhandeln.

Der Landrat wird beauftragt, entsprechende Verhandlungen mit den Verkehrsunternehmen zu führen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1306 /WP14

Mitteilungen

---

Der Kreisausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage 1306/WP14 „Bekämpfung der Corona-Pandemie – Aufwendungen für die Ausweitung von Testungen auf SARS-CoV-2“ zur Kenntnis.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Anfragen

---

Es gibt keine Anfragen im öffentlichen Teil der Sitzung.